

- 29) Vgl. nur die Bestände R 58 (Reichssicherheitshauptamt) und R 60 (Volksgerichtshof) des Bundesarchivs sowie die entsprechenden Findbücher.
- 30) Ich danke Johannes Tuchel, Berlin, für zahlreiche Anregungen und Hinweise, die in diesen Beitrag eingeflossen sind, sowie für die kritische Durchsicht des Manuskripts.

Klaus Bästlein

I. 2.

Regionalspezifische Aspekte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus.

Ein Forschungscolloquium am 10. und 11. November 1986 in Berlin +)

Gemeinsam mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und dem Deutschen Institut für Urbanistik veranstaltete die Historische Kommission zu Berlin am 10. und 11. November 1986 ein Forschungscolloquium über lokal- und regionalspezifische Voraussetzungen und Entwicklungen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Dazu hatten sich rund 50 Teilnehmer im Haus der Historischen Kommission zu Berlin-Nikolassee versammelt. In vier Abschnitten sollten nicht nur methodische Fragen lokal- und regionalspezifischer Widerstandsforschung reflektiert, sondern auch Ergebnisse und Projekte zur konkreten Widerstandsgeschichte auf lokaler und regionaler Ebene referiert und Dispositionen für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus und den Neubeginn nach 1945 diskutiert werden.

In einem einführenden Referat sprach der wissenschaftliche Leiter der ständigen Ausstellung "Widerstand gegen den Nationalsozialismus" in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Peter STEINBACH (Passau/Berlin), das Verhältnis von Regionalgeschichte und Zeitgeschichtsforschung an. Regionalhistorische Forschung dürfe sich nicht mehr allein territorialistisch erklären, sondern müsse übergreifende und möglicherweise sogar durchgängige, spezifische Fragestellungen entwickeln. Dazu biete sich insbesondere die in der Politikwissenschaft mit Erfolg angewandte komparatistische Methode an. Der wissenschaftliche Ertrag isolierter lokaler und regionaler Studien zum Widerstand müsse letztlich in der Summe gering bleiben, erklärte Steinbach. Er regte daher an, - in der regionalen Widerstandsgeschichte die Bedeutung der Untersuchungsregion (wirtschaftliche und soziale Vorbedingungen, landesgeschichtliche Traditionen, Milieu, Parteiengeschichte, usw.) genau zu markieren;

- die jeweils verwandte Quellengattung (Gestapo-Berichte, Justizakten, Entnazifizierungsunterlagen, Nachlässe mündliche Überlieferung, usw.) sorgsam zu reflektieren;
- die Kriterien thematischer Auswahl besser zu bestimmen, um wissenschaftlich unergiebige Arbeiten vom gleichen Typus zu vermeiden.

Peter Steinbach machte desweiteren auf regionalspezifische Erscheinungsformen sozialer, weltanschaulicher und kultureller Prägefaktoren für den Widerstand aufmerksam. So habe ein bayerischer Protestant seine Umwelt sicher anders wahrgenommen als sein pfälzischer oder hanseatischer Glaubensbruder. Und die Arbeiter auf einer norddeutschen Großwerft standen wie die Bergleute des Ruhrgebiets wohl in einer anderen Tradition als ihre Kollegen, die in einem neuerrichteten, süddeutschen Motorenwerk Beschäftigung fanden. Auch die daraus resultierende Milieus und Prägnungen gelte es besser als bisher herauszuarbeiten, meinte Steinbach. Die Widerstandsforschung insgesamt dürfe nicht länger eine Domäne einzelner geschichtsbewußter Stadtväter, Kreisverwaltungen, Lehrer und Historiker sein. Auch "eine selbstgenügsame Vervielfältigung nach dem Kannegießer-Prinzip wird uns nicht weiterbringen, sondern nur die Entwicklung eines Geflechts von aufeinanderbezogenen Studien, die sich gegenseitig ergänzen - inhaltlich, methodisch, quellenbezogen und typologisch", fügte Peter Steinbach wörtlich hinzu. In diesem Zusammenhang bat er auch um die Hilfe und Unterstützung der versammelten, regionalen Widerstandsforscher für die im Aufbau befindliche Dauerausstellung "Widerstand gegen den Nationalsozialismus", die sich nicht auf den Berliner Widerstand konzentriert, sondern als Gedenkstätte Deutscher Widerstand konzipiert ist.

Im ersten Hauptteil des Forschungscolloquiums, der von Johannes TUCHEL (Berlin) geleitet wurde, ging es anschließend um die Methodologie lokal- und regionalspezifischer Widerstandsforschung. Horst MATZERATH (Köln) referierte zunächst über den Diskussionsstand in der neuen Forschung der Bundesrepublik. War es hier in den 50er Jahren noch um eine Bewertung des Widerstandshandelns gegangen, so kam es in den 50er und 60er Jahren zu einer breiteren Erforschung des Widerstands in faktischer Hinsicht. Während der letzten Jahre kreiste die wissenschaftliche Forschung dann auch auf lokaler Ebene häufig um den Widerstandsbegriff. Als Desiderate der bundesdeutschen Forschung bezeichnete Matzerath vor allem die Bedeutung der menschlichen Lebenszusammenhänge in Gemeinden, Stadtteilen, Nachbarschaften und Verwandtschaftskreisen für die Entwicklung und Entfaltung des Widerstands. Auch sei immer wieder die Tendenz festzustellen, lokale und regionale Forschungen zum Widerstand mit einer Exkulpation der jeweiligen Städte und Landstriche zu verbinden. So heißt es etwa bis heute in Köln, die Stadt sei schon immer gegen den Nationalsozialismus gewesen; Hitler wäre überhaupt nur einmal in Köln gewesen und habe sich über den sehr zurückhaltenden Empfang durch die Bevölkerung geärgert.

Ein eher kritisches Bild über die Rezeption des Widerstands in der Republik Österreich zeichnete Ernst HANISCH (Salzburg). Gerade der Präsidentschaftswahlkampf 1986 habe erneut gezeigt, daß "Pflichterfüllung" - auch im Rahmen des NS-Staates - offenbar mehr honoriert werde als Widerständigkeit. Ein besonderes Problem bilden in Österreich der Widerstand (auch von Nationalsozialisten) gegen den antidemokratisch-autoritären Ständestaat (1934-1938) und der anschließende Widerstand (auch von Trägern des Ständestaates) gegen das NS-Regime (1938-1945). Die österreichische NS-Forschung sei sehr spät angelaufen und befinde sich erst auf dem Weg zur Verwissenschaftlichung, erklärte Hanisch. Zwar habe man eine zu übermäßige Verengung des Widerstandsbe-

griffs vermieden, aber weitgehend theorielose Quelleneditionen und -darstellungen stünden heute einer weitgehend empirielosen Theoriediskussion unvermittelt gegenüber. Auch ist das nationalpolitisch sensible Spezialproblem der Partisanenkämpfe in Südkärnten und der südlichen Stiermark bis heute von der österreichischen Forschung nicht angegangen worden.

Josef HENKE (Koblenz) befaßte sich anschließend in einem sehr instruktiven Referat mit Quellenüberlieferungen zum regionalen Widerstand in Zentralarchiven. Allein das Bundesarchiv in Koblenz und sein Militärarchiv in Freiburg verfügen über so relevantes Quellenmaterial zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus, daß wohl auch nahezu jede regionalgeschichtliche Arbeit auf diesem Gebiet einen Besuch im Bundesarchiv erforderlich macht. Aus methodischen Gründen sollten allerdings zuvor die einschlägigen, regionalen Archive aufgesucht werden. Hinsichtlich der Bestände des Bundesarchivs erinnerte Henke unter anderem an die Restakten der Zentralbehörden der Sicherheitspolizei und des SD mit ihren umfänglichen Berichtsserien, die Unterlagen des Reichsjustizministeriums mit den geheimen Lageberichten der Justiz aus der Kriegszeit, den Bestand zum Volksgerichtshof, die Akten der Parteikanzlei mit den "Kaltenbrunner-Berichten", die Unterlagen aus dem Geschäftsbereich des Reichsführers-SS und die Nachlässe zahlreicher, bekannter Widerstandskämpfer. Zu berücksichtigen sind aber auch die Bestände des Zentralen Staatsarchivs der DDR zu Potsdam, über deren Umfang und Gehalt keine genauen Angaben vorliegen. Aufgrund des Kulturabkommens mit der DDR dürfte jetzt aber wohl der Zugang zu den Potsdamer Akten erleichtert werden. Aus dem Zentralarchiv der SED hat das Bundesarchiv schon in der Vergangenheit umfangreiche Berichtsserien in Kopie erhalten, die der Benutzung zugänglich sind. Henke wies desweiteren auf die ausländischen Zentralarchive der ehemaligen alliierten Mächte und das Berlin Document Center hin, dessen Bestände hinsichtlich ihrer Aussagekraft zur Widerstandsgeschichte allerdings meist überschätzt würden. Als außerordentlich benutzerfreundlich habe sich die vielgeschmähte Justiz hinsichtlich der Aktenüberlieferung aus NS-Prozessen erwiesen, was vor allem für die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg gilt. Dagegen bezeichnete der Bundesarchivar Josef Henke die Praxis des Internationalen Suchdienstes in Arolsen, Anträge auf wissenschaftliche Benutzung regelmäßig abzulehnen, als schlichtweg "unerträglich". Abschließend erinnerte er noch an die alte, archivalische Weisheit, daß Schriftgut meist durch die "Mitteilung an Entfernte" entsteht und daß nach aller bürokratischer Erfahrung auch entschieden mehr Korrespondenz zwischen vorgesetzten und nachgeordneten Dienststellen als zwischen gleichgeordneten anfällt. Bedenke man zudem die großen Überlieferungsverluste hinsichtlich der NS-Zeit, so könne heute eigentlich kein weiterführendes Forschungsprojekt mehr ohne gründliche Recherchen in sämtlichen einschlägigen Archiven auf lokaler, regionaler und zentraler Ebene auskommen, erklärte Henke.

Anschließend referierte Peter Steinbach einige Passagen aus einer neueren Studie von Werner BRAMKE (Leipzig), der an der Tagung nicht teilnehmen konnte, über den Arbeiterwiderstand in Sachsen. Insbesondere die Auswertung von rund 4.000 Akten der Leipziger Sondergerichte habe

zu manchen neuen Erkenntnissen über den sozialdemokratisch geprägten und eher "unorganisierten" Arbeiterwiderstand geführt. Peter STEINBACH bezeichnete diese neuen Forschungsergebnisse in der DDR als durchaus bemerkenswert und leitete damit auf die allgemeine Diskussion über, in der vor allem Ursula BÜTTNER (Hamburg) und Werner JOCHMANN (Hamburg) auf Probleme der Quellenkritik in der Widerstandsforschung aufmerksam machten. So lagen etwa dem häufig angeführten Tatbestand der "Sabotage" in den Betrieben oft gar keine politisch motivierten Handlungen, sondern Akkordhetze und Überarbeitung zu Grunde. Auch sei es wohl nicht zugänglich, Trunksucht als "Resistenz" gegenüber dem NS-Regime zu bezeichnen. Und selbst die vielzitierten Lageberichte der Gestapo könnten bei einer unkritischen Rezeption zu bedenklichen Fehlinterpretationen zu führen: So schilderte etwa der Hamburger Gestapo-Chef Streckenbach Mitte der 30er Jahre plötzlich umfängliche kommunistische Aktivitäten im Hafengebiet und manchen Arbeitervierteln, für die sich ansonsten keine Belege finden. Wieso Streckenbach zu dieser Darstellung kam, macht jedoch erst die Durchsicht von Akten aus dem Finanzressort deutlich - der Gestapo-Chef hatte nämlich gleichzeitig die Schaffung von 10 zusätzlichen Planstellen für seine Behörde verlangt.

Der zweite Hauptteil des Colloquiums, der von Wolfgang WIPPERMANN (Berlin) geleitet wurde, war Ergebnissen und offenen Fragen der lokal-spezifischen Widerstandsgeschichte vorbehalten. Zunächst referierte Inge MARSOLEK (Bremen) über ein umfassendes Forschungsprojekt zu "Bremen im Dritten Reich: Anpassung, Widerstand, Verfolgung". Sie machte eingangs darauf aufmerksam, daß in der zweiten Hälfte der 30er Jahre offenbar ein sozialpsychologisches Klima in Deutschland herrschte, das eher mit dem Wirtschaftswunder der 50er Jahre als mit der Endphase der Weimarer Republik zu vergleichen sei. Vor allem zeigte sich eine allmähliche Auflösung der alten Solidargemeinschaften. Nur in sogenannten "Traditionsbetrieben" mit einer festgefügtten Stammebelegschaft blieben die Arbeiter deutlich auf Distanz zum NS-Regime. Dies galt in Bremen vor allem für die AG "Weser", von der die Gestapo sagte, man solle am besten einen Zaun um das Gelände ziehen und ein KZ daraus machen. Anders war die Lage hingegen in neuen, rach expandierenden Unternehmen wie bei "Focke-Wulf", einem NS-Musterbetrieb, wo sich auch die Faszination der Technik und der Stolz der Arbeiter auf "ihre" Flugzeuge zeigten. Eine ganz andere Haltung herrschte bei den Bremer Kaufleuten vor, die zwar gegenüber der Partei und nationalsozialistischen "Proleten" auf Distanz blieben, aber im übrigen am System partizipierten und von ihm profitierten. Im Sinne des Bayern-Projektes seien die bremischen Kaufleute daher sicher "resistent" gewesen, erklärte Inge MarBolek, aber dies verdeutlichte nur die Problematik einer solchen Begrifflichkeit. Insgesamt leisteten rund 600 Frauen und Männer in Bremen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Ihr Schicksal wurde anhand aller erreichbaren Archivalien, zu denen auch Wiedergutmachungsakten zählten, dokumentiert. Darüber hinaus wurde in Bremen aber auch der Versuch unternommen, die Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes umfassend zu analysieren (Arbeitsweise der Gestapo, Urteilspraxis der Sondergerichte, Funktion der Konzentrations- und Arbeitserziehungslager, Behandlung der ausländischen Zwangsarbeiter usw.) Der Komplex der "Anpassung" konnte dagegen nur mittelbar bearbeitet werden. In diesem Bereich und bei der Frage nach Kontinuitäten

hinterließ das Bremer Forschungsprojekt die größten Lücken, erklärte Inge Marßolek

Anschließend berichtete Hans-Rainer SANDVOß (Berlin) über eine Schriftenreihe zum Widerstand in den Berliner Bezirken, die von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand herausgegeben wird. Sandvoß wies einfühlend darauf hin, daß die Widerstandsaktivitäten in Berlin insgesamt so vielfältig gewesen seien, daß bis heute ein Gesamtüberblick fehle. Daher versuche er, zunächst auf der Ebene der Bezirke eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, wobei Forschung und politische Bildungsarbeit gleichermaßen Berücksichtigung finden sollen. Jede Bezirksbroschüre behandelt auch ein Schwerpunktthema - so etwa den kommunistischen Mieterkiez am Beispiel des Wedding (Heft 1) oder die Bekennende Kirche, den Kreisauer Kreis und die bürgerlichen und militärischen Regimegegner am Beispiel von Zehlendorf und Steglitz (Heft 2) Bei der ersten Publikation seien allerdings auch politische Widerstände der Verwaltung zu überwinden gewesen. Als besonders fruchtbare Quelle bezeichnete Sandvoß die zeitintensive, aber sehr aufschlußreiche Befragung von Zeitzeugen. Er verwies desweiteren auf Straßenverzeichnisse und Adressbücher, die viele Zusammenhänge offenbaren können. Allerdings sei es immer wieder erstaunlich, daß Widerstandskämpfer aus verschiedenen Gruppierungen der Arbeiterbewegung selbst im engeren "Kiez" keine Kenntnis voneinander hatten und Kontakte etwa zur Bekennenden Kirche nahezu völlig fehlten.

Über ein Projekt zur lokalspezifischen Widerstandsgeschichte am Beispiel Hannovers berichtete Herbert OBENAUS (Hannover). Die dortigen Arbeiten sind erst kürzlich angelaufen, werden von der VW-Stiftung finanziert und sind auf 3 Jahre angelegt. Als Forschungsziel wird ausgehend von den sozialräumlichen Gegebenheiten in den Stadtteilen die Untersuchung von Alters- und Berufsaufbau des Widerstands in Hannover mit Mitteln der elektronischen Datenverarbeitung auf breiter Quellengrundlage angestrebt. Dabei sollen auch die einzelnen Widerstandsgruppen, unter denen die sozialdemokratischen Kreise um Werner Blumenberg besonders hervortraten, genauer erforscht werden. Von zentraler Bedeutung wird die Frage nach den Kommunikationsstrukturen des Hannoveraner Widerstands sein, erklärte Obenaus. Dabei sollen insbesondere die Verbindungen zur außerdeutschen Emigration, die Kontakte innerhalb der einzelnen Widerstandsgruppen und die Wirkungen der Widerstandsaktivitäten auf verschiedene Bevölkerungsgruppen genauer untersucht werden.

In einem anschließender Referat über die Forschungsarbeiten zum Widerstand in Mannheim konnte Manfred KOCH (Mannheim) einerseits an die Ergebnisse des Bremer Projekts und andererseits an die für Hannover formulierten Fragestellungen anknüpfen. In Mannheim stachen nicht nur ein besonders ausgeprägtes Arbeitermilieu in vielen Wohngebieten, sondern auch der betriebliche Zusammenhalt der Arbeiterschaft besonders hervor. Darüber hinaus fungierte die Stadt auch als Anlaufpunkt und "Schaltstelle" des überregionalen Widerstands. Insgesamt konnten im Zuge des Mannheimer Forschungsprojekts die Widerstandsaktivitäten von 1.323 Personen dokumentiert werden. Günther HETZER (Augsburg) betonte hinsichtlich des Widerstands in Augsburg ebenfalls den großen Unterschied zwischen "Traditions-" und neuerrichteten Rüstungsbetrieben. Im Gegensatz zu Mannheim war Augsburg hinsichtlich des Widerstands

allerdings keine "Schaltstelle", sondern eher ein "Anhängsel" Münchens. Hetzer hob vor allem die Bedeutung der politischen Erfahrungshorizonte der 30er Jahre für das Verhalten des Einzelnen unter dem Nationalsozialismus und im Widerstand hervor. Auch in Augsburg sei die illegale KPD bis Mitte der 30er Jahre rasch zerschlagen worden, während die SPD in Apathie daniederlag. Lediglich eine konspirative Gruppe des "Internationalen Sozialistischen Kampfbundes" (ISK) habe sich bemerkenswerter Weise noch bis 1942 halten können.

Anschließend stellte Werner MÜLLER (Mannheim) ein Forschungsvorhaben zum sozialdemokratischen Widerstand in Leipzig und Magdeburg vor. Müller reflektierte dabei eingangs die schwierige Quellenlage und den Forschungsstand in der DDR. Vor allem das KPD-zentrische Widerstandsverständnis habe in der DDR dazu geführt, daß der sozialdemokratische Widerstand verkürzt und die Aktivitäten sozialistischer und kommunistischer Kleingruppen nahezu völlig ausgeblendet werden. Leipzig und Magdeburg waren aber traditionelle Hochburgen der Sozialdemokratie. Und viele Anzeichen sprechen dafür, daß das sozialdemokratische Milieu in diesen Städten auch unter der nationalsozialistischen Herrschaft weitgehend intakt blieb. So sollen allein in Leipzig auf Fünfergruppen-Basis bis zu 5.000 Aktive erfaßt worden sein. Möglicherweise spielten auch Vorfeld-Organisationen wie die Genossenschafts- und Sportbewegung eine wichtige Rolle. Jedenfalls konnte die Partei 1945 nahezu bruchlos neukonstituiert werden, erklärte Werner Müller.

In der folgenden Diskussion sprach Wacław DLUGOBOWSKI (Wrocław) das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zu den ausländischen Zwangsarbeitern insbesondere aus Polen an. Vielfach könne man daraus interessante Rückschlüsse auf die Haltung zum NS-Regime und auch zum deutschen Widerstand ziehen. Helga GREBING (Göttingen) befaßte sich mit der Frage, warum die sozialistischen und kommunistischen Kleingruppen eine so relativ wichtige Rolle innerhalb des Arbeiterwiderstands spielten und ob ihre eher konspirative Arbeitsweise effektiver gewesen sei als diejenige von SPD und KPD. Dabei kam als eine mögliche Erklärung auch die hohe politische Motivation und Erfahrung insbesondere von "Abweichlern" in der SAP und KPO zur Sprache. Schließlich stand am Ende des ersten Tages noch ein öffentlicher Vortrag in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand auf dem Programm Hermann GLASER (Nürnberg) sprach zur "Sozialpathologie des Volksgenossen" und ging dabei insbesondere auf die Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus ein. Für ganz Unermütliche wurde anschließend noch eine Führung durch die ersten Teilbereiche der Ausstellung "Widerstand gegen den Nationalsozialismus" angeboten.

Im dritten, von Wolfgang HOFMANN (Berlin) geleiteten Teil des Forschungscolloquiums ging es am folgenden Tag um Ergebnisse und offene Fragen der regionalspezifischen Widerstandsgeschichte. Zunächst berichtete Michael ZIMMERMANN (Essen) über den Stand der Forschung zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Ruhrgebiet. Dort ist es bereits seit Ende der 60er Jahre zu einer Vielzahl von Studien über den kommunistischen, sozialdemokratischen und teilweise auch gewerkschaftlichen Widerstand gekommen, so daß heute für die Mehrzahl der Städte der Region Arbeiten vorliegen. Während die eine Gruppe von Autoren gegenüber dem quantitativ zweifellos dominierenden, kommunistischen Mas-

senwiderstand zwischen 1933 und 1935 skeptisch blieb, kam es bei anderen zu einer Isolierung der Widerstandskämpfer von ihren sozialen Bezügen und regelrechten Heldenstilisierungen. Mit Detlef Peukerts Studie über "Die KPD im Widerstand" habe die Forschung dann einen höheren Stand erreicht, erklärte Zimmermann. Eine vergleichbare Studie zum sozialdemokratisch-sozialistischen Widerstand steht noch aus. Hingegen haben Arbeiterjugend-Cliquen wie die "Edelweißpiraten" die Forschung bereits intensiv beschäftigt und zu einem sehr differenzierten Bild über den Jugendprotest im Nationalsozialismus geführt. Neuere Studien zeigen auch für das Ruhrgebiet die Entwicklung einer stärkeren Differenzierung der Arbeiterschaft und die Auflösung konsistenter gesellschaftlicher Erfahrungshorizonte unter dem Nationalsozialismus. Während das kommunistische Bergarbeitermilieu gut erforscht ist, klaffen hinsichtlich der sozialdemokratisch orientierten und differenzierten Metallarbeiterschaft nach wie vor Lücken. Dies gilt auch für die kirchlichen Aktivitäten im Ruhrgebiet und insbesondere für die vor 1933 außerordentlich starke christliche Gewerkschaftsbewegung, fügte Michael Zimmermann hinzu.

Mit einer ganz anders strukturierten Region befaßte sich Bern HEY (Bielefeld). Sein Untersuchungsraum Ostwestfalen war von wenigen Ausnahmen abgesehen bis in die Kriegszeit hinein kaum industrialisiert. So galt Minden-Ravensburg im Norden als traditionell streng lutherisch und konservativ, Lippe-Deilmold wurde durch eine eigene reformierte Landeskirche geprägt und im Süden, dem sogenannten Paderborner "Hochstift", herrschte ein agrarisches und streng katholisches Milieu vor. Carl Severing, der zurückgezogen in der einzigen Großstadt Bielefeld lebte und seine Genossen vor illegaler Betätigung gewarnt hatte, galt der Gestapo als ein Symbol für den nur geringausgeprägten Arbeiterwiderstand in Ostwestfalen. Dagegen verteidigte die katholische Kirche ihren Einflußbereich vehement, insbesondere was die Jugendarbeit sowie Vereine und Verbände anbelangte. Mehr als die Hälfte sämtlicher katholischer Pfarrer wurde von Maßnahmen der Gestapo betroffen. Noch massiver war der Widerstand der Bekennenden Kirche, erklärte Bern Hey. Der Kampf ging nicht nur um die gesamte Gemeindefarbeit, sondern auch um Kirchensteuern und Kollekten, die theologische Ausbildung und kirchliche Leitungsgremien. Mehr als 90 Prozent der praktizierenden evangelischen Christen Westfalens gehörten der Bekennenden Kirche an, und die Gestapo selbst sprach von "passiver Resistenz". Allerdings wich die kirchliche Opposition in Ostwestfalen entscheidenden Fragen wie der Judenverfolgung und dem Euthanasieprogramm weitgehend aus. In der Beschränkung aus Teilkonfrontationen mit den nationalsozialistischen Machthabern lag möglicherweise eine Erklärung für die Wirksamkeit des kirchlichen Widerstands insgesamt, meinte Bern Hey, jedoch wurde damit auch der eigene christliche Anspruch als moralische Instanz aufgegeben.

Anschließend berichtete Beatrix HERLEMANN (Hannover) über ein Forschungsvorhaben zur Haltung der bäuerlichen und agrarisch geprägten Bevölkerung Niedersachsens gegenüber dem Nationalsozialismus. Sie verwies zunächst auf zahlreiche SD-Berichte aus den 30er Jahren, in denen über eine "zunehmende Verdrossenheit" der Bauern geklagt wurde, die auch "kein inneres Verhältnis zur Bewegung" gefunden hätten.

Quellen des Unmuts waren insbesondere die Verfügungsbeschränkungen nach dem Erbhofgesetz, die angespannte Arbeitsmarktlage auf dem Lande und die Enteignungen für militärische und industrielle Zwecke. Maßnahmen gegen jüdische Viehhändler, mit denen man traditionell gute Geschäfte gemacht hatte, lösten Verärgerung aus, und Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter seien auf dem Lande meist besser behandelt worden als in den Städten, erklärte Beatrix Herlemann. Dennoch könne wohl kaum von einem bäuerlichen Widerstand, wohl aber von einer zeitweise breiten Unmutshaltung auf dem Lande gesprochen werden. Erschreckend sei die Behandlung der NS-Zeit in der traditionellen Heimatforschung Niedersachsens. Meist würden die Geschehnisse zwischen 1933 und 1945 bis auf die Einsätze der örtlichen Feuerwehren einfach ausgeblendet. So behandelte etwa eine kürzlich erschienene Heimatchronik die gesamte Kriegszeit mit folgenden Sätzen: "Als 1939 der Krieg ausbrach, rollten wieder alle Räder für den Sieg, 1945 blieben sie dann stehen." Mit Recht machte Beatrix Herlemann auf die schweren Versäumnisse der akademischen Forschung im Bereich der Heimatgeschichtsschreibung aufmerksam, worauf auch die der folgenden Diskussion noch weiter eingegangen wurde.

Gerhard PAUL (Berlin) berichtete über ein Forschungsprojekt zum Widerstand im Saarland. Er bezeichnete es als fraglich, ob das Votum von 90 Prozent der Saarländer für den Anschluß an Deutschland auch ein Votum für das NS-Regime gewesen sei. Jedenfalls erwies sich das Saarland nach einer Phase der Desillusionierung zwischen 1935 und 1937 als eine der unruhigsten Regionen des Reiches, erklärte Paul. Dabei habe bis Kriegsausbruch auch das katholische Milieu eine wichtige Rolle gespielt. Der Schwerpunkt des Widerstands lag jedoch in den Betrieben, wo es - wie Paul erläuterte - zu zahlreichen großen Streikbewegungen gekommen sei. Im Rahmen des Saar-Projekts wird es auch erstmals möglich sein, die Arbeit einer ganzen KPD-Abschnittsleitung (Forbach) anhand der Archivalien im Parteiarchiv der SED, die vollständig zur Verfügung stehen, genau zu analysieren, kündigte Gerhard Paul an. Anschließend schilderte Hartmut MEHRINGER (München) einige Erfahrungen aus dem Projekt "Bayern in der NS-Zeit". Er wies dabei vor allem jegliche Kritik am "bayerischen" Resistenz-Begriff zurück, der zunächst als ein wertneutrales Instrument der Analyse zu verstehen sei, was eine spätere Bewertung von resistenten Haltungen ja nicht ausschließe. Im Zuge der bayerischen Untersuchungen habe sich der Resistenz-Begriff jedenfalls vollauf bewährt. Mehringer warf im Nachgang zu den übrigen Tagungsbeiträgen auch die Frage auf, ob die bayerischen Forschungsergebnisse nicht vielleicht sogar für ganz Deutschland repräsentativ seien.

Der vierte Teil des Forschungscolloquiums, der von Harold HURWITZ (Berlin) geleitet wurde, hatte lokal- und regionalspezifische Dispositionen für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus und den Neubeginn nach 1945 zum Thema. Eingangs befaßte sich Everhard HOLTSMANN (Erlangen) mit der Widerbegründung der SPD im Jahre 1945, bei der es sich im Grunde nicht um einen Neubeginn, sondern um ein Anknüpfen an die Zeit vor 1933 handelte. Allerdings gelang es zumindest in Erlangen sehr bald, auch die "Kriegsgeneration" an die SPD heranzuführen, erklärte Holtmann. Nach einer britischen Meinungsumfrage wirkten vor

allem der Nationalpatriotismus Kurt Schumachers und seine Ablehnung der Kollektivschuldthese sehr attraktiv. Insgesamt dauerte es jedoch noch sehr lange, bis viele Deutsche die NS-Ideologie abgestreift und die neue Demokratie vorbehaltlos akzeptiert hatten. Helga GREBING (Göttingen) befaßte sich mit der Frage, warum der Widerstand in der Nachkriegs-SPD eine so geringe Rolle spielte. Sie erinnerte dabei zunächst an die psychische und physische Reduktion der überlebenden Widerstandskämpfer aus der Arbeiterbewegung. Das Leiden vieler Sozialdemokraten darüber, Hitler nicht verhindert zu haben, und die Scham über die Verheerungen des Nationalsozialismus, die sich noch größer erwiesen als angenommen, führten zu einem "Sprung in die Gegenwart". Der Sozialismus wurde als Tagesaufgabe betrachtet, theoretische und programmatische Diskussionen kamen in den Nachkriegsjahren zu kurz. Anders als 1918 wollten viele Sozialdemokraten auch in der Verwaltung rasch Schlüsselpositionen besetzen, wo sie sich dann bald in schwierigen Aufgabenbereichen wie Ernährung, Volksbildung und Gesundheit aufrieben. Die konservativen Eliten und insbesondere die Unternehmer hätten es dagegen nach 1945 viel einfacher gehabt, erklärte Helga Grebing. Die Kontinuität einflußreicher Verbände bestand fort, und der Eintritt in die Parteien wurde gelegentlich regelrecht koordiniert. Daß die CDU aus dem Widerstand hervorging, sei ein Mythos, hieß es in der weiteren Diskussion.

Auch Werner JOCHMANN (Hamburg) konstatierte ein Theoriedefizit bei der SPD nach 1945. In der Hamburger Parteiorganisation gaben schon bald wieder die Schulräte und Amtmänner den Ton an, die sich unter dem NS-Regime in ihren Positionen durchlaviert hatten. Der Widerstand aber wurde ausgegrenzt. Auch wer von außen kam, hatte es außerordentlich schwer. Wie Werner Jochmann unverblümt erläuterte, wurden zum Beispiel Herbert Weichmann innerparteilich drei "Nachteile" angelastet: Er war kein Hamburger, Jude und Emigrant. Nur Dank der massiven Unterstützung Max Brauers konnte sich Weichmann überhaupt durchsetzen. Inge MARBOLEK (Bremen) bestätigte diesen Befund für Bremen, wo das "historische Bündnis" zwischen Kaufleuten und SPD schon bald nach Kriegsende erneuert wurde. Die Frauen und Männer des Bremer Arbeiterwiderstands aber blieben außen vor. Nachdem Harold Hurwitz noch auf den Berliner Sonderfall einer intensiven Theorie- und Programmdiskussion Der SPD in den ersten Nachkriegsjahren aufmerksam gemacht hatte, beschloß er die Diskussion mit der Andeutung, daß möglicherweise auch Legendenbildungen um Widerstand und Neubeginn für eine Demokratie substanzvoll sein könnten...

In der kurzen Abschlußdiskussion bekannte Helga Grebing, daß ihr der Widerstandsbegriff Bauch- und Resistenzbegriff Kopfschmerzen bereite. Daran schlossen sich einige Überlegungen Peter STEINBACHS (Passau/Berlin) zu einer differenzierteren Widerstands-Begrifflichkeit an. Starre Definitionen müßten in der Gesamtforschung zahllos bleiben, meinte Steinbach. Er forderte stattdessen, daß sich die Forschung auf ihre Untersuchungsgegenstände einlassen und dabei zeit- und gruppenbedingte Widerstandsbegriffe entwickeln sollte. Auch müßten die Entscheidungsprozesse der Individuen stärkere Berücksichtigung finden. Allerdings dürfe die Vergleichbarkeit gerade von regionalgeschichtlichen Widerstandsstudien dabei nicht aus den Augen verloren werden, fügte Steinbach hinzu. Von mehreren Teilnehmern des Forschungskollo-

quiums wurde in diesem Zusammenhang angeregt, die komperatistische Methode schon bei der Planung weiterer Tagungen zugrunde zu legen und dementsprechend etwa den Arbeiterwiderstand, den Jugendprotest und die kirchliche Opposition übergreifend zu behandeln. Nach Möglichkeit sollten dann auch sämtliche Bundesländer vertreten sein, selbst wenn es angesichts des Zustands der zeitgeschichtlichen Forschung etwa an den Hochschulen Schleswig-Holsteins sicher schwer sei, dort Ansprechpartner zu finden. Abschließend machte Wolfgang WITWER (Hannover) noch einmal auf die Förderungsmöglichkeiten für Forschung zum deutschen Widerstand durch die VW-Stiftung aufmerksam. Er betonte, daß nicht nur Forschungsprojekte finanziert, sondern auch Einzelstipendien und Zuschüsse für Arbeitstagungen usw. vergeben würden. Die Thematik des deutschen Widerstands ist virulent, wie das Berliner Forschungsvolloquium zeigte, und durch die Förderungsmittel nicht nur der VW-Stiftung, sondern auch vieler Länder und Kommunen kan in den folgenden Jahren wohl erstmals mit der gründlichen Erforschung eines Teils der allgemeinen Geschichte des Nationalsozialismus auch in lokaler und regionaler Hinsicht gerechnet werden.

+))

Tagungsbericht für die "Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK)."

Klaus Bästlein

I. 3.

"Damit die Staatspolizei nicht erst eingriff..." - Wie Pastor Lötje zum "Systemkritiker" wurde.

Daß zahlreiche schleswig-holsteinische Pastoren den Nationalsozialismus freudig begrüßt haben oder ihm doch wenigstens abwartend-positiv gegenüberstanden, ist in den letzten Jahren mehrfach hervorgehoben worden. Christentum war für viele deutsch-national eingestellte Geistliche durchaus vereinbar mit Begeisterung für die sog. "nationale Revolution". Zu stark waren antikommunistische Ängste und Ablehnung der Demokratie in den Köpfen verankert, als daß schließlich nicht jedes Mittel als recht empfunden wurde, um Deutschland wieder "in Einheit stark" zu machen. Ein Beispiel von vielen findet sich in der Kirchengemeindechronik von Borsfleth (Kreis Steinburg) von der Hand Pastor Sigmund Carl Alfred Lensch. (1) Er schrieb 1933: "Das Jahr 1933 brachte Deutschland endlich den schon lange erhofften und erwarteten Sieg des Nationalsozialismus unter Adolf Hitlers Führung und seine Machtergreifung auf gesetzlichem Wege. Die Freude darüber ist auch in Borsfleth groß gewesen und große Hoffnungen sind erfüllt und noch größte-